Ressort: Finanzen

Bericht: Postbank-Übernahme könnte 150 Millionen Euro extra kosten

Frankfurt/Main, 21.11.2013, 05:00 Uhr

GDN - Die Übernahme der Postbank könnte die Deutsche Bank einen zusätzlichen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Mehr als 100 verbliebene Altaktionäre fordern auf juristischem Wege eine höhere Abfindung für ihre Postbank-Anteile.

Ein erster Vergleichsvorschlag des Landgerichts Köln, der der "Welt" vorliegt, sieht eine Extrazahlung von etwa 150 Millionen Euro vor. Die Deutsche Bank lehnt dies jedoch ab. Die Deutsche Bank war im September 2009 bei der Postbank eingestiegen und hat ihren Anteil inzwischen auf gut 94 Prozent ausgebaut. 2012 schloss die Postbank einen Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag mit der neuen Mutter ab. Für die verbliebenen Minderheitsaktionäre sieht das Aktiengesetz in diesem Fall eine Abfindung vor. Die Deutsche Bank hat ihnen Abfindungs- und Ausgleichszahlungen von insgesamt 27 Euro pro Aktie angeboten. Die Aktionäre fordern jedoch deutlich mehr. Schließlich, so ihre Argumentation, habe die Deutsche Bank der Deutschen Post als früherer Großaktionärin bis zu 49 Euro pro Postbank-Aktie gezahlt. Vor dem Landgericht Köln läuft ein sogenanntes Spruchverfahren um eine höhere Abfindung. Nach dem Verhandlungstermin im September machte das Gericht einen Vergleichsvorschlag. "Im Hinblick auf Art, Umfang und Güte der Einwände und der vorgenannten Plausibilitätserwägungen schlägt die Kammer eine Abfindung von 36 Euro und einen Brutto-Ausgleich von 2,64 Euro vor", heißt es in dem Beschluss. Die Begründung: Eine solche Abfindung würde sich in etwa mit dem Betrag decken, den die Deutsche Bank durchschnittlich für Aktien der Postbank bezahlt habe. Damit würde die Abfindung für die Aktionäre um 40 Prozent steigen - was die Deutsche Bank eine erhebliche Summe kosten würde. Schließlich gehören den freien Aktionären noch immer rund 13 Millionen Postbank-Aktien. Bliebe es bei der bisherigen Abfindung von gut 27 Euro, bekämen sie etwa 350 Millionen Euro von der Deutschen Bank. Gemäß Vergleichsvorschlag wären es satte 150 Millionen Euro zusätzlich. Die Deutsche Bank lehnte diesen Vorschlag jedoch Anfang November ab, wie die "Welt" aus Finanzkreisen erfuhr. Nun wird ein Gutachten erstellt. Der vom Gericht beauftragte Sachverständige hat dafür ein Jahr Zeit, die Frist könnte aber auch auf zwei Jahre verlängert werden. Die Deutsche Bank wollte sich angesichts des laufenden Verfahrens nicht zu der Angelegenheit äußern.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-25513/bericht-postbank-uebernahme-koennte-150-millionen-euro-extra-kosten.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619